PROTOKOLL DES GEMEINDERATES

GR

2. Sitzung

Dienstag, 3. Mai 2011, 19.30 Uhr, Gemeinderatssaal im Landhaus Solothurn

Vorsitzender: Kurt Fluri, Stadtpräsident

Anwesend: 23 ordentliche Mitglieder
6 Ersatzmitglieder

Entschuldigt: Pirmin Bischof
Bernhard Christen
Franziska Roth
Anna Rüefli
Reto Stampfli
Franziska von Ballmoos
Susan von Sury-Thomas

Ersatz: Matthias Anderegg
Philippe JeanRichard
Pia Stebler
Urs Unterlerchner
Pascal Walter
Sergio Wyniger

Stimmzählerin: Tina Scartazzini

Referenten: Gaston Barth, Leiter Rechts- und Personaldienst
Hansjörg Boll, Stadtschreiber
Peter Fedeli, Kommandant Stadtpolizei
Andrea Lenggenhager, Leiterin Stadtbauamt

Protokoll: Doris Estermann

Traktanden:

1. Protokoll Nr. 1
2. Rechnungsprüfungskommission; Demission als Mitglied
3. Einsprache gegen Rechnung des Stadtbauamtes betreffend gestundete Grundeigentümerbeiträge
4. Einsprache gegen Rechnung des Stadtbauamtes, Abteilung Tiefbau, betreffend Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlage
5. Konzessionserteilung für die Sondernutzung von öffentlichem Strassenareal
6. Überdachung Deponieplatz; Nachtragskreditbegehren
7. Zeitliche und räumliche Ausweitung der Altstadtsperr
8. Verschiedenes
9. Nachvereidigung eines Ersatzmitgliedes des Gemeinderates

Eingereichte parlamentarische Vorstösse:

Motion der FDP-Fraktion, Erstunterzeichner Beat Käch sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Verstärkung der Jugendsportförderung!»; (inklusive Begründung)

Interpellation der SP-Fraktion, Erstunterzeichner Christian Flury sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Durch Umstrukturierung - zum Sportsekretariat?»; (inklusive Begründung)

Interpellation der SP-Fraktion Erstunterzeichner Matthias Anderegg sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Wo steht die Energiestadt Solothurn?»; (inklusive Begründung)

Motion der SP-Fraktion, Erstunterzeichner Philippe JeanRichard sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Ökologische Investitionen nicht bestrafen» (inklusive Begründung)

Motion der SP-Fraktion, Erstunterzeichner Matthias Anderegg sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Mehr Solarenergie für Solothurn!»; (inklusive Begründung)

Motion der SP-Fraktion, Erstunterzeichner Philippe JeanRichard sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Unsoziale Grundgebühren abschaffen!» (inklusive Begründung)

Motion der CVP-Fraktion in Zusammenarbeit mit der EVP/glp-Fraktion, Erstunterzeichnerin Barbara Streit-Kofmel sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Infrastruktur der Fussballplätze Mittleres Brühl» (inklusive Begründung)

Motion der Grünen, Erstunterzeichnerin Brigit Wyss sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Errichtung eines Energiefonds» (inklusive Begründung)

1. Protokoll Nr. 1

Das Protokoll Nr. 1 vom 1. Februar 2011 wird genehmigt.

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 10

2. Rechnungsprüfungskommission; Demission als Mitglied

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag Gemeinderatskommission vom 7. April 2011

Mit per Mail zugestelltem Schreiben vom 15. März 2011 teilt Jochen Wehrli-Ducaud mit, dass er als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission nach Prüfung der Jahresrechnung 2010 zurücktreten wird. Er demissioniert aus beruflichen Gründen, da er in seiner zukünftigen Tätigkeit vermehrt international tätig sein wird.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Herrn Jochen Wehrli-Ducaud, von Vigier-Weg 4, als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste per Ende April 2011 genehmigt.
2. Die FDP der Stadt Solothurn wird ersucht, auf dem offiziellen Formular einen Wahlvorschlag zu unterbreiten, da es sich bei der Rechnungsprüfungskommission um eine Kommission handelt, die noch der Volkswahl untersteht.

Verteiler

Herr Jochen Wehrli-Ducaud, von Vigier-Weg 4, 4500 Solothurn

Oberamt Region Solothurn

Parteien

Präsident Rechnungsprüfungskommission

Finanzverwaltung (2)

Lohnbüro

ad acta 918-1

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 11

3. Einsprachesache: 04/10, Alexandra und Christian Bernhard, Brunnmattstrasse 26, 4500 Solothurn gegen die Rechnung des Stadtbauamtes vom 6. September 2010 betreffend gestundete Grundeigentümerbeiträge

Referent: Gaston Barth, Leiter Rechts- und Personaldienst
Vorlagen: Antrag Gemeinderatskommission vom 24. Februar 2011
Schreiben von Alexandra und Christian Bernhard vom 9. September 2010
Rechnungskopie vom 6. September 2010

I.

1. Am 6. September 2010 eröffnete das Stadtbauamt der Stadt Solothurn, Abteilung Tiefbau, Alexandra und Christian Bernhard Rechnung für die gestundeten Grundeigentümerbeiträge für die Erstellung der Brunnmattstrasse GB Solothurn Nr. 6840 gemäss der Vereinbarung vom 6. Juni 1957, GB Solothurn Nr. 2964, in der Höhe von Fr. 27'402.10. Gegen diese Rechnung erhoben Alexandra und Christian Bernhard mit Schreiben vom 9. September 2010 Einsprache mit dem Begehren, der Rechnungsbetrag sei auf Fr. 2'986.05 zu reduzieren. Zur Begründung führten sie sinngemäss und im Wesentlichen aus, dass der provisorische Kostenverteilplan vom 16. März 1957 einen Perimeterbeitrag von Fr. 2'308.10 vorgesehen habe. Davon seien bereits Fr. 1'014.20 im Jahr 1957 fällig geworden. Die restlichen Fr. 1'293.90 seien gestundet worden. Die Rechnung des Stadtbauamtes sei nun um das 21-fache höher als ursprünglich vorgesehen. Selbst bei Berücksichtigung der Teuerung von rund 400 % würde die Rechnung lediglich um das 5-fache höher ausfallen. Der gestundete Perimeterbeitrag müsse einen Bezug zu den effektiven Entstehungskosten haben und in einem fairen Verhältnis zu den Perimeterbeiträgen der Nachbarn stehen. Dieser Bezug könne aus den abgegebenen Unterlagen nicht hergestellt werden. Sie würden daher vorschlagen, den Perimeterbeitrag auf Fr. 3.-- pro Fr. 1'000.-- (0.3 % der Gebäudekosten) zu reduzieren. Die 0.3 % würden der Differenz zwischen einer Anschlussgebühr an eine bestehende Anlage respektive an eine neue Anlage entsprechen.
2. Die Einsprache wurde dem Stadtbauamt zur Stellungnahme zugestellt. Namens des Stadtbauamtes nahm Benedikt Affolter, Chef Tiefbau, mit Schreiben vom 8. Dezember 2010 zur Einsprache Stellung. In seiner Stellungnahme zeigt das Stadtbauamt noch weitere mögliche Berechnungsarten auf für den Fall, dass man nicht auf die schriftliche Vereinbarung abstellen müsste.

II.

1. Gemäss § 18 Abs. 2 der Kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren (Grundeigentümerbeitragsverordnung, GBV; BGS 711.41) kann gegen die definitive Beitragsverfügung innert 10 Tagen Einsprache beim Gemeinderat erhoben werden. Es ist sachgerecht, auch die gestützt auf das frühere Recht bestimmte und gestundete definitive Beitragsverfügung diesem Rechtsmittelweg nach heutigem Recht zu unterstellen. Es ist davon auszugehen, dass die Rechnung vom 6. September 2010 gleichentags der Post zur Zustellung übergeben wurde. Unter der Annahme, dass diese den Rechnungsadressaten am folgenden Tag zugestellt wurde, begann die 10-tägige Einsprachefrist frühestens am 8. September 2010 zu laufen. Die Einsprache wurde am 10. September 2010 bei der Post aufgegeben. Damit ist die Einsprachefrist eingehalten. Die Einsprache ist das zulässige Rechtsmittel und der Gemeinderat ist für die Beurteilung der Sache die zuständige Instanz. Die Einsprecher werden durch die angefochtene Ver-

fügung beschwert und sind deshalb zur Einspracheführung legitimiert. Auf die Einsprache ist somit einzutreten.

2. Zunächst gilt es festzuhalten, dass der gestundete Grundeigentümerbeitrag grundsätzlich nichts mit der Kanalisation und somit auch nichts mit der Gebühr für den Anschluss an die Abwasserbeseitigungsanlage zu tun hat. Der Grundeigentümerbeitrag hängt einzig mit der Erstellung der Brunnmattstrasse zusammen. Bereits aus diesem Grund fällt eine Anwendung der Bestimmung nach § 7 des Grundeigentümerbeitragsreglements der Stadt Solothurn – wie dies von den Einsprechern vorgeschlagen wird – ausser Betracht. Die Rechnung stützt sich nämlich auf eine schriftliche Vereinbarung ab. Am 6. Juni 1957 wurde zwischen der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn und Herrn Willy Werner Dietschi, damaliger Eigentümer des Grundstücks GB Solothurn Nr. 2964, südlicher Teil (heute GB Solothurn Nr. 6840), eine schriftliche Vereinbarung betreffend Perimeterbeitragspflicht an die Erstellung der Brunnmattstrasse abgeschlossen. Diese Vereinbarung enthält folgende Abmachung:

„Herr Willy Werner Dietschi, Prokurist in Solothurn anerkennt hiermit ausdrücklich die Perimeterbeitragspflicht an die Erstellung der Brunnmattstrasse für die heute in seinem Besitze stehende Liegenschaft GB Solothurn Nr. 2964 an der Brühlstrasse, südlicher Teil, gemäss beigelegtem Plane.

Der aufgelegte provisorische Kostenverteilplan vom 16. März 1957 sieht einen Perimeterbeitrag von ca. Fr. 2'308.10 mit einer fiktiven Gebäudeschätzung von Fr. 47'000.-- vor. Von diesem Betrage wird der Anteil an die Anstosslänge von ca. Fr. 1'014.20 beim Ausbau der Brunnmattstrasse zur Zahlung fällig. Der Anteil an die fiktiv angenommene Gebäudeschätzung wird zum Ansatz von Fr. 27.53 pro Fr. 1'000.-- der effektiven Gebäudeschätzung bis zur Überbauung gestundet.

...“

Diese Perimeterbeitragspflicht wurde zu Gunsten der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn im Grundbuch angemerkt. Die Vereinbarung ist für jede der Parteien sowie für ihre Rechtsnachfolger verbindlich. Der Vereinbarung vom 6. Juni 1957 kann entnommen werden, dass der Perimeterbeitrag für dieses Grundstück an den Bau der Brunnmattstrasse im Jahre 1957 nur teilweise bezahlt wurde. Es wurde ausdrücklich vereinbart, dass der Anteil an die fiktiv angenommene Gebäudeschätzung zum Ansatz von Fr. 27.53 pro Fr. 1'000.-- der effektiven Gebäudeschätzung bis zur Überbauung gestundet werden soll. Der unmissverständliche Wortlaut dieser Formulierung lässt erkennen, dass der gesamte Anteil gestundet wurde und bis heute noch kein Betrag aufgrund der Gebäudeschätzung bezahlt wurde. Für die Berechnung massgebend ist somit die gesamte effektive Gebäudeschätzung zum Zeitpunkt der Überbauung. Ein anderes Ergebnis lässt der klare Wortlaut dieser Formulierung auch gar nicht zu. Dieses Auslegungsergebnis wird zusätzlich durch folgende Überlegungen gestützt: Gemäss der Vereinbarung vom 6. Juni 1957 setzt sich der im provisorisch aufgelegten Kostenverteilplan vom 16. März 1957 vorgesehene Perimeterbeitrag aus zwei unterschiedlichen Anteilen zusammen, nämlich aus demjenigen berechnet nach der Anstosslänge und demjenigen berechnet nach der Gebäudeschätzung. Diese beiden Anteile sind klar von einander zu unterscheiden. Aus diesem Grund spielt es für den gestundeten Anteil an die fiktive Gebäudeschätzung keine Rolle, ob der Anteil an die Anstosslänge bei Ausbau der Brunnmattstrasse bezahlt wurde oder nicht. Weil das Grundstück GB Solothurn Nr. 6840 damals nicht überbaut war und man nicht auf die damals fiktiv angenommene Gebäudeschätzung von Fr. 47'000.-- abstellen wollte, sondern auf diejenige zum Zeitpunkt der Überbauung, wurde dieser Anteil gestundet. Diese Erkenntnis lässt dann wiederum nur noch den Schluss zu, dass bis heute noch kein Anteil an die fiktiv angenommene Gebäudeschätzung bezahlt wurde.

3. Nach dem Gesagten wird der Anteil an die fiktiv angenommene Gebäudeschätzung zum Ansatz von Fr. 27.53 pro Fr. 1'000.-- der gesamten effektiven Gebäudeschätzung berechnet. Gemäss Einschätzung der Solothurnischen Gebäudeversicherung vom 26. Mai

2010 wurde der Neubau auf GB Solothurn Nr. 2964, südlicher Teil (heute GB Solothurn Nr. 6840), auf Fr. 995'355.-- geschätzt. Dieser Wert entspricht der zum Zeitpunkt der Überbauung festgelegten effektiven Gebäudeschätzung. Bei einem Ansatz von Fr. 27.53 pro 1'000.- ergibt dies einen Betrag von Fr. 27'402.10. Dieser Ansatz wurde in der Vereinbarung vom 6. Juni 1957 schriftlich festgelegt. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb nun von dieser Abmachung abgewichen werden sollte. Ausserdem hat das Stadtbauamt in seiner Stellungnahme einen Vergleich mit einer heute zu erstellenden neuen Strasse angestellt und erklärt, dass heute bei einer Grundstückslänge von 28 m mit einem Grundeigentümerbeitrag von Fr. 52'360.-- zu rechnen sei. Selbst ohne Landerwerbskosten würde dies noch immer einen Betrag von Fr. 23'800.-- ausmachen. Angesichts dessen erscheint die Höhe des in Rechnung gestellten Beitrages von 27'402.10 als angemessen und verhältnismässig. Die Einsprache ist abzuweisen.

Der Leiter Rechts- und Personaldienst erläutert den vorliegenden Antrag und weist nochmals auf die Rechtslage hin.

Roberto Conti erkundigt sich im Namen der SVP-Fraktion, ob keine Möglichkeit bestanden hätte, eine bürgerfreundlichere Berechnung anzuwenden. Die Abstützung auf die Basis von 1957 erscheint als etwas stur. Seither ist doch einige Zeit vergangen und die finanzielle Differenz überrascht. Aufgrund der Erläuterungen scheint es jedoch die optimalste Variante zu sein. **Gaston Barth** erklärt, dass es sich rechtlich um die vereinbarte Variante handelt. Zudem wurde im Grundbuch vermerkt, dass sie auch für die künftigen Landbesitzer gelten soll. Er weist nochmals auf den Vergleich hin, wie hoch die Kosten bei einer heute zu erstellenden neuen Strasse wären. Der Vergleich hat aufgezeigt, dass die Kosten gleich hoch wären und somit angemessen und verhältnismässig sind. Es besteht keine andere Rechtsgrundlage als die im Jahr 1957 schriftlich festgelegte Vereinbarung.

Brigit Wyss erkundigt sich im Namen der Grünen, ob es sich bei dem vorliegenden Geschäft um einen Einzelfall handelt, oder ob sich andere Grundeigentümer in einer ähnlichen Situation befinden. **Gaston Barth** informiert, dass es sich um die bisher einzige Einsprache handelt. Der im Publikum anwesende **Benedikt Affolter**, Chef Tiefbau, ergänzt, dass noch zwei weitere Grundstücke bestehen, die dem ursprünglichen Grundstück angehört haben und abparzelliert wurden. Allenfalls muss noch mit Einsprachen dieser Besitzer gerechnet werden

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

Die Einsprache von Alexandra und Christian Bernhard vom 9. September 2010 gegen die Rechnung für die gestundeten Grundeigentümerbeiträge wird abgewiesen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen den Einspracheentscheid des Gemeinderates kann innert 10 Tagen bei der Kantonalen Schätzungskommission Beschwerde erhoben werden. Diese soll einen Antrag und eine Begründung erhalten.

Verteiler

Herr Christian Bernhard / Frau Alexandra Bernhard, Brunnmattstrasse 26, 4500 Solothurn
(eingeschrieben)
Stadtbauamt
Finanzverwaltung
Rechts- und Personaldienst
ad acta 625

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 12

4. Einsprachesache: 02/10, Alexandra und Christian Bernhard, Brunnmattstrasse 26, GB Solothurn Nr. 6840 gegen die Rechnung des Stadtbauamtes, Abteilung Tiefbau, vom 6. September 2010 betreffend Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen gemäss § 7 Abs. 2 und 3 des Grundeigentümerbeitragsreglements der Stadt Solothurn (GBRSO) vom 29. Oktober 1980

Referent: Gaston Barth, Leiter Rechts- und Personaldienst
Vorlagen: Antrag Gemeinderatskommission vom 24. Februar 2011
Schreiben von Alexandra und Christian Bernhard vom 9. September 2010
Rechnungskopie vom 6. September 2010

I.

1. Am 6. September 2010 eröffnete das Stadtbauamt der Stadt Solothurn, Abteilung Tiefbau, Alexandra und Christian Bernhard Rechnung für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen in der Höhe von Fr. 7'640.85 (inkl. 7.6 % MwSt). Gegen diese Rechnung erhoben Alexandra und Christian Bernhard mit Schreiben vom 9. September 2010 Einsprache mit dem Begehren, der Rechnungsbetrag sei auf Fr. 2'986.05 (exkl. MwSt) zu reduzieren. Zur Begründung führten sie im Wesentlichen aus, dass für die Berechnung der Gebühr ein Satz von 0.6 % gemäss § 7 Abs. 2 und 3 GBRSO verwendet worden sei. Da aber auf ihrem Grundstück GB Solothurn Nr. 6840 eine Perimeterbeitragspflicht lasten würde und sie sich voraussichtlich mit einem Betrag von Fr. 27'000.-- nachträglich in die bestehende Kanalisation einkaufen müssten, würde korrekterweise § 7 Abs. 1 GBRSO zur Anwendung gelangen. Durch die Anwendung dieser Bestimmung würde sich der Rechnungsbetrag von Fr. 7'101.15 auf Fr. 2'986.05 (exkl. MwSt) reduzieren, da ein Ansatz von 0.3 % zur Anwendung gelangen würde.
2. Die Einsprache wurde dem Stadtbauamt zur Stellungnahme zugestellt. Namens des Stadtbauamtes nahm Benedikt Affolter, Chef Tiefbau, mit Schreiben vom 8. Dezember 2010 zur Einsprache Stellung. In seiner Stellungnahme beantragte er die Abweisung der Beschwerde und machte darauf aufmerksam, dass die Rechnung nach § 7 GBRSO erstellt worden sei. Die Rechnung beinhalte den Anteil nach der Gebäudeversicherungssumme (0.6 % vom Gebäudeversicherungswert) und den Flächenanteil, befestigt (Fr. 3.-- /m²) und nicht befestigt (Fr. 1.--/m²). Diese Rechnung habe nichts mit dem gestundeten Grundeigentümerbeitrag zu tun. Der gestundete Grundeigentümerbeitrag von 1957 betreffe die Erstellung der Brunnmattstrasse und habe somit nichts mit der Kanalisation zu tun.

II.

1. Gemäss § 35 Abs. 1 der Kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren (Grundeigentümerbeitragsverordnung, GBV; BGS 711.41) kann gegen die Gebührenverfügung innert 10 Tagen Einsprache beim Gemeinderat erhoben werden. Es ist davon auszugehen, dass die Rechnung vom 6. September 2010 gleichentags der Post zur Zustellung übergeben wurde. Unter der Annahme, dass diese den Rechnungsadressaten am folgenden Tag zugestellt wurde, begann die 10-tägige Einsprachefrist frühestens am 8. September 2010 zu laufen. Die Einsprache wurde am 10. September 2010 bei der Post aufgegeben. Damit ist die Einsprachefrist eingehalten. Die Einsprache ist das zulässige Rechtsmittel und der Gemeinderat ist für die Beurteilung der Sache die zuständige Instanz. Die Einsprecher werden durch die angefochtene Verfügung beschwert und sind deshalb zur Einspracheführung legitimiert. Auf die Einsprache ist somit einzutreten.

2. a) Das kantonale Recht unterscheidet in Übereinstimmung mit Lehre und Praxis zwischen Beiträgen und Gebühren. Als Beiträge werden Abgaben bezeichnet, die vom pflichtigen Anstösser für die ihm aus einer bestimmten öffentlichen Erschliessungsanlage, beispielsweise einer neu erstellten Strasse oder einer erstmals erstellten Wasserleitung, erwachsenden Sondervorteile erhoben werden (vgl. § 108 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes [PBG; BGS 711.1]; § 6 der Grundeigentümerbeitragsverordnung [GBV; BGS 711.41]). Unter einer Gebühr ist dagegen das Entgelt für den erfolgten Anschluss und die konkrete Benützungsmöglichkeit einer öffentlichen Erschliessungsanlage zu verstehen (vgl. § 109 PBG; § 28 GBV).

b) Gemäss § 28 GBV haben die Grundeigentümer und Benützer Anschluss- und Benützungsgebühren für die Benützung der öffentlichen Anlagen der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung zu entrichten (Abs. 1). Diese dienen zur Finanzierung von Betrieb und Unterhalt der Erschliessungsanlagen. Ihre Höhe ist so zu bemessen, dass sich die Anlagen weitgehend selbst erhalten (Deckung der Kosten von Verwaltung, Unterhalt, Abschreibung, Verzinsung usw.) (Abs. 2). Anschlussgebühren können auch für die Finanzierung der nicht durch Beiträge gedeckten Erstellungskosten erhoben werden (Abs. 3).

c) Für den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen können die Gemeinden einmalige Anschlussgebühren erheben. Diese werden aufgrund der Gesamtversicherungssumme der Gebäudeversicherung der angeschlossenen Gebäude berechnet, sofern die Gemeinde nicht eine andere Berechnungsgrundlage beschliesst. Die Ansätze sind von der Gemeinde in einem Reglement festzulegen (vgl. § 29 GBV).

3. Die Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn hat von der Delegation der Rechtsetzungskompetenz in § 29 GBV Gebrauch gemacht und das Grundeigentümerbeitragsreglement der Stadt Solothurn (GBRSO) vom 29. Oktober 1980 erlassen. Für die Anschlussgebühren der Abwasserbeseitigungsanlagen sieht § 7 dieses Reglements folgende gebührenrechtliche Bestimmung vor:

¹Die Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen, für welche Beiträge nach § 6 erhoben werden, beträgt:

- a) für Industriegebäude 1,5 ‰
- b) für alle übrigen Gebäude 3 ‰

der Gesamtversicherungssumme der Solothurnischen Gebäudeversicherung (mit Zusatzversicherung).

²Die Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen, welche vor Inkrafttreten dieses Reglementes erstellt wurden, beträgt:

a) für die an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke oder Grundstückteile:

- 1. Gebäudegrundfläche sowie verfestigte Plätze von mehr als 20 m², Fr. 3.-- je m²
- 2. Restflächen, Fr. 1.-- je m²

Bei späterer Überbauung oder Verfestigung der Restfläche ist die Differenz nachzuzahlen.

b) für die an die Kanalisation angeschlossenen Gebäude:

- 1. Industriegebäude: 3 ‰
- 2. alle übrigen Gebäude: 6 ‰
der Gesamtversicherungssumme

³Bei einer Erhöhung der Gesamtversicherungssumme infolge Neu- oder Umbaus ist nach Abs. 1 oder 2 eine Nachzahlung zu leisten; eine Erhöhung von weniger als 5 % löst keine Nachzahlung der Anschlussgebühr aus.

4. Anschlussgebühren sind Entgelte für den Anschluss an öffentliche Wasserversorgungs- und Gewässerschutzanlagen. Sie richten sich nach den Kosten für den Betrieb und den Unterhalt der Anlage und nicht nach den Kosten für die Erstellung (Beiträge) oder den Verbrauch (Benützungsgebühren). Der Eigentümer erbringt eine einmalige Leistung dafür. Der Gebührenanspruch entsteht im vorliegenden Fall mit dem Anschluss des Grundstücks GB Solothurn Nr. 6840 der Einsprecher an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage. Diese Anschlussgebühr hat grundsätzlich nichts mit dem separat in Rechnung gestellten Perimeterbeitrag zu tun und ist von diesem klar zu unterscheiden. Die Perimeterbeitragspflicht hängt mit der Erstellung der Brunnmattstrasse zusammen. Bei der Brunnmattstrasse handelt es sich um eine Verkehrsanlage. Dafür werden gemäss GBV separate Beiträge erhoben.
5. Gemäss § 7 Abs. 1 des Grundeigentümerbeitragsreglements der Stadt Solothurn (GBRSO) vom 29. Oktober 1980 beträgt die Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen nur dann für alle übrigen Gebäude 0.3 %, wenn für die Abwasserbeseitigungsanlage Beiträge nach § 6 GBRSO erhoben werden. Nach § 6 GBRSO erhebt die Gemeinde für Abwasserbeseitigungsanlagen, welche in Ergänzung zum bestehenden Kanalisationsnetz erstellt werden, Beiträge von 70 % der Kosten von Normalabwasserkanälen nach GBV. Solche Beiträge werden von der Gemeinde jedoch erst für Kanalisationsanlagen erhoben, welche nach Inkrafttreten des Grundeigentümerbeitragsreglements der Stadt Solothurn im Jahr 1980 gebaut wurden. Dies ist auch der Grund, weshalb die Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen, welche schon vor Inkrafttreten dieses Reglements erstellt wurden, im Vergleich höher ausfällt (vgl. § 7 Abs. 2). Die Anschlussgebühr dient hier auch zur teilweisen Deckung der nicht durch Beiträge gedeckten Erstellungskosten.
6. Das Grundstück GB Nr. 6840 der Einsprecher wurde an eine Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen, die im Jahr 1951 und somit vor Inkrafttreten des Grundeigentümerbeitragsreglements der Stadt Solothurn erstellt wurde. An diese Anlage mussten keine Beiträge geleistet werden. Demzufolge gelangt § 7 Abs. 2 GBRSO zur Anwendung. Die Anschlussgebühr gemäss dieser Bestimmung ist höher und setzt sich aus der Gebühr für die an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke oder Grundstückteile (lit. a) und der Gebühr für die an die Kanalisation angeschlossenen Gebäude (lit. b) zusammen. Für die an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke oder Grundstückteile wird für die Gebäudegrundfläche sowie für die verfestigten Plätze von mehr als 20 m² ein Betrag von Fr. 3.-- je m² und für die Restfläche ein Betrag von Fr. 1.-- je m² in Rechnung gestellt. Im vorliegenden Fall ergibt sich für die Grundstückfläche und die verfestigten Plätze (177 m² à Fr. 3.--) ein Betrag von Fr. 531.-- und für die Restfläche (598 m² à Fr. 1.--) ein Betrag von Fr. 598.--. Hinzu kommt die Gebühr für die an die Kanalisation angeschlossenen Gebäude, die für alle übrigen Gebäude 0.6 % der Gesamtversicherungssumme ausmacht. Bei einer Gesamtversicherungssumme von Fr. 995'355.-- ergibt dies einen Betrag von Fr. 5972.15. Diese Beträge zusammengezählt ergeben eine Gesamtanschlussgebühr von Fr. 7'640.85 (inkl. 7.6 % MwSt). Dieser Betrag stimmt mit dem vom Stadtbauamt in Rechnung gestellten Betrag überein. Die Rechnung vom Stadtbauamt vom 6. September 2010 für die Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen gemäss § 7 Abs. 2 und 3 des Grundeigentümerbeitragsreglements der Stadt Solothurn (GBRSO) vom 29. Oktober 1980 ist daher nicht zu beanstanden. Die Einsprache ist abzuweisen.

Der Leiter Rechts- und Personaldienst erläutert den vorliegenden Antrag und weist nochmals auf die Rechtslage hin.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

Die Einsprache von Alexandra und Christian Bernhard vom 9. September 2010 gegen die Gebühr für den Anschluss an Abwasserbeseitigungsanlagen wird abgewiesen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen den Einspracheentscheid des Gemeinderates kann innert 10 Tagen bei der Kantonalen Schätzungskommission Beschwerde erhoben werden. Diese soll einen Antrag und eine Begründung erhalten.

Verteiler

Herr Christian Bernhard / Frau Alexandra Bernhard, Brunnmattstrasse 26, 4500 Solothurn
(eingeschrieben)
Stadtbauamt
Finanzverwaltung
Rechts- und Personaldienst
ad acta 714

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 13

5. Konzessionserteilung für die Sondernutzung von öffentlichem Strassenareal (Erstellung Aussentreppe und Rampenanlage) Hauptgasse 67, GB Solothurn Nr. 493, zugunsten Raiffeisenbank Solothurn

Referent: Gaston Barth, Leiter Rechts- und Personaldienst
Vorlagen: Antrag Gemeinderatskommission vom 7. April 2011
Entwurf Konzession
2 Pläne
Gesuch Architekt vom 2. Februar 2011

Die Baukommission hat anlässlich ihrer Sitzung vom 1. März 2011 das Baugesuch der Raiffeisenbank Solothurn wie folgt bewilligt:

- I. Das Erstellen der Aussentreppe und der Rampenanlage wird unter den folgenden Bedingungen und Auflagen bewilligt:
 1. Die Erteilung einer Konzession durch den Gemeinderat bleibt vorbehalten. Die Bewilligung wird erst rechtsgültig, wenn die Konzession durch den Gemeinderat erteilt ist.
 2. Die Anpassungen an das öffentliche Trottoirgebiet sind rechtzeitig vor der Ausführung mit dem städtischen Werkmeister abzusprechen und gemäss dessen Weisungen auszuführen.

Die Gemeinderatskommission hat sich anlässlich ihrer Sitzung vom 7. April 2011 dem Antrag der Baukommission einstimmig angeschlossen.

Gaston Barth erläutert kurz den vorliegenden Antrag. Die Baukommission beantragt im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens die Erteilung einer Sondernutzung. Gestützt wird der Antrag durch die Altstadtkommission, die das Gesuch intensiv geprüft hat. Es handelt sich um ein Routinegeschäft, das auch bezüglich Einnahmen den bisherigen Konzessionen entspricht, die der Gemeinderat bereits bewilligt hat. Die Konzessionsgebühr kann dem Konzessionsentwurf, Ziffer 8, entnommen werden. Er weist abschliessend darauf hin, dass statt dem im GRK-Antrag vom 7. April 2011 aufgeführten Beschluss neu der nachfolgende gelten soll:

„Der Wagner Teuscher AG und der Raiffeisenbank Solothurn wird die Konzession für die teilweise Nutzung des öffentlichen Strassenareals (Trottoirbereich) vor der Südfassade des Gebäudes Hauptgasse 67 zur Erstellung einer Aussentreppe und einer Rampenanlage für die rollstuhlgängige Benützung des Zugangs gemäss Entwurf der Baukommission vom 1. März 2011 erteilt.“

Peter Wyss führt aus, dass die CVP-Fraktion den vorliegenden Antrag besprochen hat. Dem GRK-Protokoll kann entnommen werden, dass das Gesuch während relativ langer Zeit zur Bewilligung in der Altstadtkommission gewesen ist. Aufgrund dieser Bemerkung kann davon ausgegangen werden, dass das Bauvorhaben in den Stadtbau passt und das Reglement eingehalten wird. Die Konzessionsgebühr von Fr. 500.-- pro m² wird als zu tief erachtet, offenbar wurde diese jedoch offiziell so festgelegt. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und sie wird dem Geschäft zustimmen. **Gaston Barth** informiert, dass die Konzessionsgebühr der bisherigen preisgünstigen Praxis entspricht und generell so angewendet wird, wenn öffentlicher Raum zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird. Analog der Baurechte wird ein reduzierter Landwert angenommen, der ca. 2/3 des Verkaufswertes entspricht. Der Betrag wurde in

keinem Reglement festgelegt, sondern vom Stadtbauamt anhand von Vorstellungen und Überlegungen fixiert. Rein theoretisch könnte er vom Gemeinderat abgeändert werden.

Eine Detailberatung des vorgelegten Konzessionsentwurfes wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission und die ergänzenden Ausführungen des Referenten wird einstimmig

beschlossen:

Der Wagner Teuscher AG und der Raiffeisenbank Solothurn wird die Konzession für die teilweise Nutzung des öffentlichen Strassenareals (Trottoirbereich) vor der Südfassade des Gebäudes Hauptgasse 67 zur Erstellung einer Aussentreppe und einer Rampenanlage für die rollstuhlgängige Benützung des Zugangs gemäss Entwurf der Baukommission vom 1. März 2011 erteilt.

Verteiler

Wagner Teuscher AG / Raiffeisenbank Solothurn, Kronengasse 12, 4500 Solothurn (Konzession mit Brief)
felber architekten ag, Biberiststrasse 8a, 4500 Solothurn
Rechts- und Personaldienst
Stadtbauamt
Finanzverwaltung (2)
ad acta 620-2

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 14

6. Überdachung Deponieplatz; Nachtragskreditbegehren

Referentin: Andrea Lenggenhager, Leiterin Stadtbauamt
Vorlage: Antrag Gemeinderatskommission vom 7. April 2011

In den Jahren 2009 und 2010 wurde an der Allmendstrasse ein Deponieplatz für den Werkhof eingerichtet. Hierfür stand ein Kredit von Fr. 100'000.-- in der Rubrik 620.096.501 zur Verfügung. Am 4. März 2010 wurde ausserdem für eine zusätzlich notwendige Sicherung und Einfriedung gegen die Gleisanlagen der SBB hin, ein Nachtragskredit von Fr. 12'000.-- bewilligt. Der Gesamtkredit betrug somit Fr. 112'000.--. Die Arbeiten sind zum Betrag von Fr. 113'907.40 termingerecht ausgeführt worden.

Eine dringend benötigte Überdachung der Deponiemulden konnte mit diesem Kredit jedoch nicht mehr realisiert werden.

Aus diesem Grund wurden im Finanzplan 2011-2014 Fr. 50'000.-- für das Jahr 2011 eingestellt. Im Budget VA 2011 wurden Fr. 50'000.-- budgetiert, jedoch ging der Kreditnachtrag vergessen.

Die Überdachung der Deponiemulden wird aus Sicht des Werkhofes als sehr dringlich angesehen, da das durchnässte Deponiegut um ein Vielfaches schwerer und somit teurer in der Entsorgung ist.

Die Abteilung Hochbau ihrerseits hat im Rahmen der Planung des Deponieplatzes im Jahr 2009 die Planung für die Überdachung bereits berücksichtigt, sodass eine Umsetzung der Planung kurzfristig erfolgen könnte.

Die Leiterin Stadtbauamt erläutert den vorliegenden Antrag.

Peter Wyss kritisiert im Namen der CVP-Fraktion das als etwas willkürlich erscheinende Vorgehen bezüglich dieses Geschäftes. Insbesondere wird eine Strategie zur Nutzung des Areals an der Allmendstrasse vermisst. Es handelt sich bereits um das zweite Nachtragskreditbegehren innerhalb von zwei Jahren. Die Bezeichnung als Deponieplatz wird ebenfalls in Frage gestellt; Es handelt sich wohl eher um ein Lager oder Zwischenlager. Aus Rücksicht auf das umliegende Wohngebiet empfiehlt sie, den Platz mit Grünpflanzen zu bereichern. Ausserdem soll die Planung des Grundstücks westlich des Deponieplatzes an die Hand genommen werden. Zurzeit ist es eine Steinwüste, es könnten jedoch die Familiengärten (Schrebergärten) wieder erstellt werden oder allenfalls könnte der gesamte Werkhof an diesen Standort zügeln. Die CVP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und mit Ausnahme von ihm dem Antrag zustimmen. Peter Wyss vertritt die Meinung, dass derart gut planbare Vorhaben nicht mit Nachtragskrediten finanziert sondern budgetiert werden sollen.

Die SVP-Fraktion - so **Roberto Conti** - wird ihre Zustimmung zum Antrag von der Beantwortung ihrer Fragen abhängig machen. Als erstes erkundigt sie sich, ob im ursprünglichen Kredit von Fr. 100'000.-- das Dach bereits im Betrag miteinberechnet wurde, oder ob es sich um eine neues Vorhaben handelt. **Andrea Lenggenhager** erläutert, dass im Baugesuch von 2009 das Dach integriert war. Dessen Notwendigkeit war bereits damals unbestritten. Im Nachhinein kann sie jedoch nicht mehr nachvollziehen, ob dieses damals aus Kostengründen wieder gestrichen wurde. Bei der Baueingabe war es jedenfalls vorgesehen. Im Weiteren erkundigt sich die SVP-Fraktion nach dem Hinweis im Antrag, wonach die Überdachung dringend notwendig sei, da das durchnässte Deponiegut um ein Vielfaches schwerer und somit teurer in der Entsorgung ist. Vermisst werden zu dieser Aussage konkrete Zahlen, die auf-

zeigen, was durch die Erstellung des Daches schlussendlich eingespart werden kann. Sie erkundigt sich nach der Amortisation des beantragten Nachtragskredites. **Andrea Lenggenhager** erachtet die Nennung von konkreten Zahlen als schwierig. Sie führt aus, dass das Strassenwischgut, beispielsweise nach der Fasnacht, einen grossen Papieranteil beinhaltet und dadurch rasch schwer wird. Um das Wischgut zu entsorgen werden jährlich Fr. 60'000.-- benötigt. Dabei handelt es sich um ca. 240 Tonnen. Die durch das Dach möglichen Einsparungen können jedoch schwer beziffert werden. Die SVP-Fraktion möchte im Weiteren wissen, ob das Dach als definitive Lösung oder als Provisorium vorgesehen ist. Aufgrund der Bemerkungen der CVP- und SVP-Fraktion nimmt Stadtpräsident **Kurt Fluri** Bezug auf die Frage zur Strategie bezüglich Standorts des Deponieplatzes. Wie bereits erwähnt, wurde im Jahr 2009 ein Baugesuch eingereicht. Zu früheren Zeiten bestand ein Steinlager ausserhalb der Bauzonen (Mutten). Da dieses nicht standortgebunden war, musste es aufgehoben werden. Dazu bestand die Problematik mit dem Wischgut, das nirgendwo zwischengelagert werden konnte. So musste jeder vollbeladene Wagen zur Sonderabfalldeponie fahren. Um die Anzahl Fahrten zu reduzieren, wurde deshalb das Zwischenlager erstellt. Es ist der Stadtverwaltung durchaus bewusst, dass der jetzige Standort des Deponieplatzes für den Werkhof ideal ist, jedoch nicht die beste Nutzung darstellt. Es ist auch bekannt, dass der Werkhof mit drei Standorten nicht optimal platziert ist (Stadtpräsidium, Schanze und Deponieplatz). Aus diesem Grund soll anhand einer Gesamtüberprüfung der Standort des Werkhofes analysiert werden. Da alle erwähnten Standorte nicht ausbaubar sind, muss vermutlich ein neuer Standort für den gesamten Werkhof gesucht werden. Im Moment fehlen dazu aber die nötigen Ressourcen und die nötige Vorstellungskraft. Beim Deponieplatz und somit auch bei der Überdachung handelt es sich deshalb um ein Provisorium, dessen Existenzdauer noch nicht abgeschätzt werden kann. Das Dach soll standhaft, jedoch nicht dauerhaft sein. Aus diesem Grund wurde der Deponieplatz bewusst im Finanzvermögen belassen. Wäre er ins Verwaltungsvermögen transferiert worden, käme dies einer Ausgabe gleich und ein Investitionskredit wäre nötig gewesen.

Roberto Conti hält im Namen der SVP-Fraktion fest, dass sie aufgrund der Ausführungen auf das Geschäft eintreten wird. Sie stellt jedoch den Antrag, von der vorgeschlagenen - aus ihrer Sicht - Luxuslösung wegzukommen und eine provisorische Lösung im Gesamtbetrag von maximal Fr. 10'000.-- zu bewilligen. **Andrea Lenggenhager** gibt zu bedenken, dass es sich keinesfalls um eine Luxuslösung handelt. Die Mulden sind relativ gross und das Dach hat eine Spannweite von 16m auf 8m. Es besteht aus Stahlträgern und hat ein Wellblech. Es kann somit als einfache Konstruktion bezeichnet werden und eine billigere Variante ist nicht möglich.

Bei 29 Anwesenden wird mit 28 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme auf das Geschäft eingetreten.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** führt aus, dass ein Abänderungsantrag der SVP-Fraktion besteht, wonach der Nachtragskredit maximal Fr. 10'000.-- betragen darf. Der Antrag der SVP-Fraktion wird demjenigen der Gemeinderatskommission gegenübergestellt. Es wird bei 29 Anwesenden mit 26 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

beschlossen:

Der vom Stadtbauamt beantragte Nachtragskredit von Fr. 50'000.-- zur Umsetzung der Überdachung Deponieplatz zu Gunsten Rubrik 620.096.501, Rechnung 2011, wird bewilligt.

Verteiler

Stadtbauamt

Finanzverwaltung (2)

ad acta 622-9, 912

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 15

7. Zeitliche und räumliche Ausweitung der Altstadtsperrung

Referent: Peter Fedeli, Kommandant Stadtpolizei
Vorlagen: Antrag Gemeinderatskommission vom 7. April 2011
2 Pläne zur Umsetzung
Antrag der IG Landhaus vom 4. Dezember 2009
Schreiben der Stadt- und Gewerbevereinigung vom 16. Dezember 2009

Ausgangslage

Die Altstadtverkehrssperre wurde 1970 eingeführt. Im Jahr 2006 erfolgte die Einführung der Begegnungszone mit der Öffnung der Altstadt für den Veloverkehr - mit Ausnahme des so genannten Y-Strassenstücks (Hauptgasse ab Kronenplatz bis Markplatz bzw. Schaalgasse und bis Gurzelngasse Manorbrennen). Seither zielten verschiedene Vorstösse darauf ab, die Altstadtsperrung auch auf die Schlaufe Landhausquai - Schaalgasse - westliche Hauptgasse und Stalden auszudehnen.

Am 4. Dezember 2009 reichte die IG Landhausquai einen Antrag beim Stadtpräsidium ein. Das Begehren enthielt zwei Punkte, nämlich die Sperrung des Landhausquais an Samstagen ab 12.00 Uhr und die Möglichkeit, Aussenrestaurants ganzjährig betreiben zu können. Bereits im Sommer des letzten Jahres wurde daraufhin am Landhausquai versuchsweise eine Sperrung an Samstagen ab 13.30 Uhr eingeführt, die sich bewährt hat. Die zweite Forderung wurde auf das Jahr 2011 hin mit der Überarbeitung der Vollzugsvorschriften zum Marktreglement erfüllt.

Nur 12 Tage später, am 16. Dezember 2009 folgte ein Antrag der Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn zum Verkehrsregime in der Stadt Solothurn, der drei weitergehendere Forderungen enthielt:

- Es wurde vorgeschlagen, die westliche Schlaufe Landhausquai – Schaalgasse – Hauptgasse - Stalden ab 11.30 Uhr für den motorisierten Verkehr zu sperren und die Vorverschiebung der Sperrzeit auf 11.30 Uhr für die ganze Altstadt anzuwenden.
- Bewilligte Zufahrten sollen weiterhin möglich sein, und die Signalisation soll mittels Schildern und nicht mittels Pollern geschehen.
- Um die Situation am Landhausquai für Anwohnerinnen und Anwohner mit Sonderbewilligungen zur Durchfahrt zu entschärfen, wurde vorgeschlagen, die Verkehrsrichtung in der Löwengasse zu ändern. So können Personenwagen während der Verkehrssperre über diese Strasse zu ihren Liegenschaften gelangen.

Auch aus der Optik der Stadtpolizei können heute aufgrund des hohen Publikumsaufmarsches am Landhausquai Berechtigte dort nicht mehr problemlos durchfahren. Es kommt zu Pöbeleien und Auseinandersetzungen. Trotzdem muss eine Zufahrt für die Berechtigten möglich sein und die Zufahrt zum Landhaus muss ebenfalls gewährleistet werden. Hiezu kann die geänderte Verkehrsführung eine Lösung darstellen. Die Umsetzung dieses Antrages bedingt eine Änderung der heutigen Verkehrsführung. Im Bereich Storchenplatz – Gerberngasse – Löwengasse muss die Fahrtrichtung geändert werden und zusätzlich ist die Fischergasse in östlicher Richtung für den motorisierten Verkehr zu öffnen. Fahrversuche mit der städtischen Kehrtafelabfuhr konnten erfolgreich durchgeführt werden.

Durch die beantragten Änderungen entstehen folgende Kosten:

- Für die Umprogrammierung der Wechselbildkasten von 13.30 auf 11.30 Uhr ca. Fr. 2'500.--.
- Signalisation Landhausquai (erweitertes Sperrgebiet) inkl. neue Verkehrsführung Gerberngasse - Löwengasse Fr. 3'000.--.

Diese Kosten entstehen für jede Änderung. Das heisst bei einer saisonalen Einführung zweimal pro Jahr.

Die Änderungen des Verkehrsregimes müssen publiziert werden.

Begründung

Aufgrund der getroffenen Abklärungen und der Gespräche des Stadtpräsidenten mit der Stadt- und Gewerbevereinigung sowie mit verschiedenen Gewerbetreibenden stellt die Stadtpolizei den Antrag, die drei vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen. Obwohl die Stadtpolizei eine ganzjährig gleich bleibende Regelung bevorzugen würde, ist eine saisonal unterschiedliche Lösung bei den Sperrungen und den Sperrzeiten mit den entsprechenden Mehrkosten möglich. Die Änderung der Fahrtrichtung in der Löwengasse sollte jedoch vor allem aus Sicherheitsüberlegungen nicht alle 6 Monate geändert werden.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** hält einleitend fest, dass die Thematik rund um die Altstadtsperrung schon mehrmals diskutiert wurde, u.a. auch aufgrund einer Interpellation. In der Zwischenzeit wurde eine Vernehmlassung mit den Vereinigungen durchgeführt sowie die möglichen Lösungen besprochen. Aufgrund der daraus entstandenen Resultate hat der Kommandant der Stadtpolizei den vorliegenden Antrag erarbeitet. Die Gemeinderatskommission hat anlässlich ihrer Sitzung vom 7. April 2011 beschlossen, die Anträge der Stadtpolizei abzuändern, indem die Durchfahrt zur Fischergasse nicht gewährt wird und die Regelung ganzjährig und nicht nur saisonal gelten soll. Er führt weiter aus, dass er anlässlich der Behandlung des Geschäftes aufgrund einer Kommissionssitzung in Bern nicht anwesend war und den GRK-Anträgen nicht zustimmen wird. Seine Gründe dazu wird er bei der Eintretensdiskussion darlegen.

Peter Fedeli erläutert den vorliegenden Antrag. Zur Veranschaulichung dienen die beiden Pläne. Er zeigt auf, dass zum heutigen Zeitpunkt drei Verkehrsschlaufen bestehen, die bis 19.00 Uhr befahren werden dürfen. Aufgrund der eingereichten Gesuche und verschiedener Gespräche liegt nun der vorliegende Antrag vor. Als erster Punkt soll die westliche Schlaufe neu ebenfalls in die Altstadtsperrung miteinbezogen werden. Als zweiter Punkt soll eine zeitliche Ausdehnung erfolgen, indem die Sperrung von 13.30 Uhr auf 11.30 Uhr vorverlegt wird. Dass es dadurch am Morgen noch mehr Verkehr in der Stadt haben wird, ist nicht von der Hand zu weisen (Anlieferungen, Kehrtafelfahrt usw.). Als dritter Punkt soll für die Anwohnerinnen und Anwohner die Verkehrsrichtung in der Löwengasse geändert werden.

Eintretensdiskussion

Stadtpräsident **Kurt Fluri** legt dar, dass er die Anträge wegen seiner grundsätzlichen Haltung nicht unterstützen wird. In Solothurn gibt es eine schöne Fussgängerzone, die auch rege genutzt wird. Erfahrungen bei Städten mit grossdimensionierten Fussgängerzonen haben gezeigt, dass die Gefahr besteht den Branchenmix zu verlieren und ausschliesslich noch Filialgeschäfte entstehen. Diese Tendenz ist in der Haupt- und Gurzelngasse bereits vorhanden. Es bestehen zwar grosszügige Fussgängerzonen, die nach Ladenschluss aber

menschenleer sind. Erfahrungen zeigen, dass Fussgängerzonen für eine Liegenschaft eine Wertsteigerung darstellen. Auf der einen Seite ist dies für die Eigentümer sicher erfreulich, auf der anderen Seite steigen dadurch aber die Mietzinse. Aufgrund der gestiegenen Preise können Einzelgeschäfte oder Branchen mit tiefen Margen die Lokalitäten nicht mehr mieten und das Filialwesen hält Einzug. Er vertritt die Meinung, dass die vorgeschlagene Ausdehnung der Altstadtsperrzone eine Gefährdung für den Branchenmix darstellt. Er erinnert dabei an die Schaalgasse mit den vielen kleinen Läden, dabei befürchtet er, dass deren Bild sich bald analog der Haupt- und Gurzelngasse verändern wird. Das Votum soll nicht als grundlegende negative Haltung gegenüber von Filialgeschäften oder Kleiderläden usw. verstanden werden, sondern als Befürchtung einer Verarmung des gesunden Branchenmixes. Seitens der Stadt- und Gewerbevereinigung finden periodisch Veranstaltungen statt, wobei in Frage gestellt wird, ob der Branchenmix in Solothurn überhaupt noch existiert. Weiter erinnert er daran, dass allenfalls rund um die Stadt noch weitere Einkaufszentren geplant sind. Das Coopcenter auf den Kofmehlareal ist nach wie vor in Planung. Nebst der Ausdehnung der Fussgängerzone stellt auch die Vorverlegung der Sperrzeit auf 11.30 Uhr eine Gefahr für das Gewerbe dar. Aus seiner Sicht wird dadurch die Stadt nach und nach zu einem Zentrum des Vergnügens und der Freizeit. Die Funktion einer Altstadt im Sinne eines Gewerbepluralismus oder einer Wohnzone wird tendenziell vernachlässigt. Im Interesse eines schönen Landhausquais macht die zeitliche und räumliche Ausweitung sicher Sinn, es braucht jedoch noch einen anderen Blickwinkel und nicht nur diese Sichtweise. Er befürchtet weiter, dass es langfristig gesehen Strukturveränderungen geben wird, die sich auf eine belebte Altstadt nachteilig auswirken werden. Aufgrund der dargelegten Gründe wird er den Anträgen nicht zustimmen, resp. sich der Stimme enthalten. Vermutlich muss das Thema im Zusammenhang mit allfälligen Einsprachen und Beschwerdeverfahren nochmals diskutiert werden. Im Antrag wurde auch vermerkt, dass nach der ersten Sommersaison die Reaktionen auszuwerten sind und allfällige Korrekturen angebracht werden können. Aufgrund der Diskussionen stellt er sich die Frage, ob eine Verknüpfung der Anliegen des Landhausquais mit seinen Bedenken möglich wäre. Allenfalls könnte die Ausdehnung der Altstadtsperrzone auf den Landhausquai beschränkt und die vorgeschlagene Richtungsänderung in der Löwengasse vorgenommen werden. Die kleine Achse sollte weiterhin nicht in die Altstadtsperrzone miteinbezogen werden, indem die Altstadtsperrzone auf eine Häuserzeile Richtung Norden und die andere Achse (Gerbergasse-Löwengasse) reduziert wird. Dadurch könnte diese an die bestehende Schlaufe Schaalgasse-Hauptgasse-Stalden angeschlossen werden.

Beat Käch hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass Änderungen des Verkehrsregimes seit jeher grosse Diskussionen entfacht haben. Es allen Recht zu machen wird nie möglich sein. Dabei erinnert er an die ersten Altstadtsperrungen, gegen die sich das Gewerbe massiv zur Wehr gesetzt hat. In der Zwischenzeit wünscht sich aber niemand den früheren Zustand zurück. Die Vorverlegung der Altstadtsperrzeit auf 11.30 Uhr wird seitens der FDP-Fraktion - mit Ausnahme des Stadtpräsidenten - befürwortet. Dabei wurde auch die Frage mit den saisonal unterschiedlichen Sperrzeiten diskutiert. Schlussendlich wird jedoch die Vereinheitlichung bevorzugt. Die Bedenken des Stadtpräsidenten und sein Kompromissvorschlag wurden ebenfalls diskutiert. Dieser hat sicher gewisse Sympathien geerntet. Da jedoch im Punkt 4. des Antrages festgehalten wird, dass nach der ersten Sommersaison die Reaktionen ausgewertet und allfällige Korrekturen angebracht werden, soll das beantragte Regime eingeführt werden. Allenfalls kann danach auf den Vorschlag zurückgekommen werden. Aufgrund allfälliger Einsprachen wird es wohl Verzögerungen geben. Überzeugt hat weiter auch, dass die Stadt- und Gewerbevereinigung mit den Anträgen einverstanden ist. Auch wenn es schwierig zu beurteilen ist, wie repräsentativ die Aussage ist, muss sie als massgebend erachtet werden. Positiv ist sicher, dass der Landhausquai zur Flaniermeile geworden und dadurch Lebensqualität entstanden ist. Der Entscheid der GRK, wonach die Fischergasse nicht geöffnet werden soll, macht Sinn. Grossen Fahrzeugen, wie z.B. Cars, soll nach gesundem Menschenverstand eine Ausnahmegewilligung gewährt werden. Bei der Diskussion rund um die Notwendigkeit des Pollers beim Landhausquai haben die Argumente von Peter Fedeli überzeugt. Die Lösung mit Vaubanständer wäre von kurzer Dauer, da diese erfahrungsgemäss in der Aare versenkt werden. Die Änderung der Verkehrsrichtung in der Löwengasse

erscheint ebenfalls als richtig und vernünftig, damit die Situation für die Anwohner/innen mit Sonderbewilligung zur Durchfahrt entschärft werden kann. **Die FDP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen.** Gegebenenfalls soll nach der Auswertung der Reaktionen das Regime nochmals angepasst werden.

Die SP-Fraktion - so **Adrian Würgler** - ist in erster Linie sehr erfreut, dass dem im Jahr 2008 eingereichten Postulat nachgelebt wird, obwohl es noch nicht beantwortet wurde. Mit den vorliegenden Anträgen werden wesentliche Punkte des Postulates sowie einer im 2005 eingereichten Motion erfüllt. Offensichtlich hat nun ein Gesinnungswandel stattgefunden, insbesondere seit noch andere Unternehmen am Landhausquai ansässig sind. Die vom Stadtpräsidenten dargelegten Befürchtungen wurden bereits anlässlich der Einführung der Altstadtsperrzone geäußert. Die grossen Befürchtungen, wonach die Altstadt aussterben würde, kann die SP-Fraktion nicht teilen. Im Weiteren entspricht es der Tatsache, dass die Stadt- und Gewerbevereinigung der Vorverlegung zugestimmt hat. Die vorgeschlagene Ausdehnung mit der Änderung der Fahrtrichtung an der Löwengasse ist sinnvoll, auf diese Weise wird der Landhausquai entlastet und er bleibt dadurch Begegnungszone. Was nicht geschehen darf, ist, dass vom bewährten Konzept abgekommen wird, nämlich von den Verkehrsschlaufen. Würde die Fischergasse geöffnet, käme man von diesem Konzept ab und es würde u.a. zusätzlicher Suchverkehr für Parkplätze generiert. Die Ausnahmegewilligung für Cars ist jedoch sinnvoll. Damit die schon komplexen Änderungen nicht noch komplexer werden, sollen die Sperrzeiten ganzjährig und einheitlich gelten. Nach der ersten Sommersaison und der Auswertung der Erfahrungen können allenfalls immer noch Korrekturen angebracht werden. Sinnvoll ist sicher auch die Lösung mit dem Poller, da eine Signalisation leider viele noch nicht vom Durchfahren abhält. Er erinnert dabei an die verschiedenen Tempo 30-Zonen, die ohne bauliche Massnahmen nicht die selbe Wirkung haben oder hätten. Der Stadtpolizei würden zudem die zeitlichen und personellen Kapazitäten fehlen, um ständige Kontrollen durchzuführen. **In diesem Sinne wird die SP-Fraktion auf das Geschäft eintreten und sämtlichen Anträgen mit Freude zustimmen.**

Marguerite Misteli Schmid informiert im Namen der Grünen, dass sie die Anträge der GRK einstimmig unterstützen. Es entspricht einem Anliegen der Grünen, den Verkehr aus der Altstadt herauszunehmen. Die Vorverschiebung der Sperrzeit auf 11.30 Uhr ist für die Anlieferer machbar und durch die Ganzjährigkeit auch einfacher zu handhaben. Für die Stadt stellt diese Vorverschiebung eine Bereicherung dar, insbesondere denken sie dabei an die Restaurants. Der Einschluss des Landhausquais in die Altstadtsperrzone ist optimal. Die Änderung der Verkehrsrichtung in der Löwengasse wird als guter Vorschlag angesehen. Die Fussgänger/innen wissen durch die Änderungen, dass sie Priorität haben und die Autos nur ausnahmsweise durchfahren dürfen. Die Öffnung zur Fischergasse soll nicht erfolgen, sondern nur die bereits erwähnten Ausnahmen (Cars) gewährt werden. Sie schliessen sich der Meinung an, wonach ein Poller nötig ist und die alleinige Beschilderung keinen Effekt hat. **Die Grünen treten ebenfalls auf das Geschäft ein und werden sämtlichen Anträgen zustimmen.**

Die CVP-Fraktion - so **Barbara Streit-Kofmel** - unterstützt im jetzigen Zeitpunkt die beantragte örtliche und zeitliche Erweiterung der Altstadtsperrzone, die ausgelöst wurde durch die konstruktive Zusammenarbeit der Stadt- und Gewerbevereinigung und der IG Landhausquai mit der Stadtpolizei und der Stadtverwaltung. Sie ist wie die GRK der Meinung, dass die zukünftige Regelung für alle Verkehrsteilnehmenden möglichst einfach, übersichtlich und ohne saisonale Veränderungen, die ihrer Meinung nach nur Kosten verursachen und Verwirrung stiften, gelten sollen. Die Ausweitung der Sperrzeiten für den motorisierten Verkehr und die Ausweitung der Altstadtsperrzone im westlichen Altstadtbereich bringt der Stadt sicher viele Vorteile, und zwar nicht nur für die Restaurantbesitzer und ihre Gäste, welche die Mittagspause in Ruhe geniessen wollen, sondern auch für Familien mit Kindern, die den Einkauf nun bereits ab 11.30 Uhr ohne zusätzlichen Stress wegen Autoverkehr tätigen können. Weniger Verkehr steigert zweifellos die Lebensqualität der Altstadtbewohner/innen und auch die touristische Attraktivität, was nicht zuletzt auch dem Gewerbe zugute kommt. Trotzdem ist ihr

auch bewusst, dass das kleinere Zeitfenster für die Anlieferung der Geschäfte unter Umständen zu Engpässen führen kann. Ebenso muss ihrer Meinung nach auch sorgfältig beobachtet werden, ob die künftig eingeschränkte Einkaufszeit von morgendlich noch zweieinhalb bis drei Stunden, je nach Ladenöffnungszeit, die den Kunden zur Verfügung steht, die mit dem Auto vor das Geschäft fahren wollen oder müssen (z.B. Skier bringen zum Einstellen, andere schwere Sachen, etc.), nicht zu kurz ist und solche Kundinnen und Kunden aus der Stadt vertrieben werden. Mit dem Trend zu grossen Einkaufszentren rund um die Stadt und nun auch noch mit dem geplanten Coop in der Weststadt besteht eine Konkurrenzsituation, die man im Auge behalten muss. Die Altstadt darf nicht zum Museum werden, wie dies zum Beispiel in Burgdorf geschehen ist. Sie muss lebendig bleiben und das bleibt sie, wenn das Angebot an Geschäften stimmt und der Branchenmix erhalten bleibt. Deshalb ist es wichtig, dass während des Probelaufs Erfahrungen gesammelt werden können und eine breit abgestützte Auswertung vorgenommen werden kann. Nach diesem halbjährigen Probelauf (falls es nicht einen längeren braucht) wird sich auch zeigen, ob die neuen Fahrrichtungen am Stalden, in der Gerbern- und Löwengasse für die Anwohner/innen, Gewerbe und Touristen praktikabel sind. Sollte sich in gewissen Gassen eine übermässige Verkehrsbelastung ergeben, oder sollte es allzu viele Ausnahmegewilligungen brauchen, die mit einem grossen bürokratischen Aufwand für die Stadtpolizei verbunden sind, muss die Situation neu beurteilt werden. Wie bereits erwähnt, ist der CVP-Fraktion eine Stadt mit möglichst wenig motorisiertem Verkehr sehr wichtig. Sie wird dann zu gegebener Zeit eine Güterabwägung vornehmen und auch offen bleiben für Vorschläge, wie sie heute z.B. der Stadtpräsident vorgebracht hat. Im Weiteren befürwortet sie grundsätzlich bauliche Massnahmen um den Landhausquai von unliebsamem Verkehr frei halten zu können. **Ein Teil der Fraktion ist allerdings dem Polier gegenüber kritisch eingestellt, bzw. möchte sich noch weitere Möglichkeiten offen behalten, und deshalb beantragt sie unter der Ziffer 6. des Antrages, dass die GRK zu gegebener Zeit zu geeigneten baulichen Massnahmen Stellung nehmen und darüber entscheiden kann. In diesem Sinne treten sie auf das Geschäft ein und stimmen den Anträgen der GRK zu.**

Im Namen der SVP-Fraktion hält **René Käppeli** fest, **dass sie auf das Geschäft eintreten und sämtlichen Anträgen zustimmen wird.** Als Altstadt-Bewohner hat er zum vorliegenden Geschäft noch eine andere Sichtweise. Nach seiner Erfahrung erfolgen die Zulieferungen jeweils von 07.00 Uhr bis 10.00 Uhr. Mit andern Worten hat die Vorverlegung der Sperrzeit auf 11.30 Uhr keine grossen Auswirkungen. Im Weiteren lobt er ihm Namen der SVP-Fraktion den Entscheid der GRK, wonach die Fischergasse nicht geöffnet werden soll. In der besagten Gasse befinden sich verhältnismässig viele Fussgänger/innen. Würde die Gasse beispielsweise von einem Lastwagen durchquert, wäre kein Platz mehr vorhanden für die Fussgänger/innen. Allerdings besteht auch nach der Einführung der neuen Regelung das Problem des „unkontrollierten Verkehrs“. Dieser wird vermutlich nach wie vor stattfinden, es sei denn, es würden rigorose Kontrollen stattfinden.

Stellungnahmen zu den Fragen der Eintretensdiskussion

Peter Fedeli stimmt der Feststellung zu, dass die Vorverlegung der Sperrzeit Probleme mit sich bringen wird. Die Lieferanten sind nicht nur in der Stadt Solothurn an Lieferzeiten gebunden, sondern auch in anderen Städten. Durch die Vorverlegung wird der Anlieferungsverkehr noch konzentrierter. Nicht vergessen werden darf auch, dass zur selben Zeit die Kehrtafelabfuhr unterwegs ist, und durch die Konzentration öfters bei der Arbeit behindert wird. Zum besseren Verständnis hält er nochmals fest, dass die Fahrversuche mit der städtischen Kehrtafelabfuhr bei der Einmündung Löwengasse Richtung Schaalgasse und Landhaus durchgeführt wurden. Weil heute noch in umgekehrter Richtung gefahren wird, wurden diese Versuche durchgeführt. Er hält abschliessend fest, dass in Ausnahmefällen die Cars zum Verlassen der Stadt mit der nötigen Vorsicht vom Landhaus aus Richtung Klosterplatz fahren.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** nimmt Bezug auf das Votum von **Adrian Würgler**, wonach das entsprechende Postulat noch nicht beantwortet wurde. Er fasst zusammen, dass zu dieser Thematik insgesamt drei politische Vorstösse eingereicht wurden: eine Petition vom 12. April 2005, die beantwortet wurde, eine Motion vom 5. Mai 2006, die vom Gemeinderat als nicht erheblich erklärt wurde sowie das besagte Postulat vom 27. Mai 2008. Dieses wurde anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 30. Juni 2009 als erheblich erklärt. Er erinnert, dass es sich beim Postulat um einen Prüfungsauftrag handelt, der mit den vorliegenden Anträgen nun abgeschlossen wird und nicht um eine Motion, die beantwortet werden muss. Er hält weiter fest, dass das Ignorieren der städtischen Veränderungen blauäugig wäre. Als Beispiel erwähnt er die Gasse zwischen dem Kronenplatz und dem Marktplatz und zwischen dem Marktplatz und dem Bieltor. Nach Ladenschluss ist dieser Teil der Stadt praktisch menschenleer. Er behauptet nicht, dass dies nur mit der Fussgängerzone zusammenhängt, aber sie ist sicher ein Grund dafür. Durch die Attraktivitätssteigerung steigen auch die Liegenschaftspreise und die Mietzinsen. Gewisse Branchen und Einzelgeschäfte können die Preise nicht mehr bezahlen. Filialgeschäfte können sich hingegen auf andere Filialen abstützen.

Katrin Leuenberger stimmt der von **Kurt Fluri** dargestellten Entwicklung zu. Der Branchenmix geht in Solothurn nach und nach verloren. Dies ist ihrer Meinung nach in erster Linie jedoch nicht eine Folge der Fussgängerzone, sondern eine Entwicklung, die in allen kleinen und mittleren Städten spürbar ist. Die Entwicklung hätte wohl genauso stattgefunden, wenn es keine Innenstadtsperre gäbe. Sie stellt die Entwicklung auch fest, den Zusammenhang mit der Fussgängerzone stellt sie jedoch in Frage. **Kurt Fluri** bemerkt, dass diese Entwicklung aufgrund von Erfahrungen in anderen Städten so begründet wird.

Alex Oberholzer gibt zu bedenken, dass die erwähnte, nach Landeschluss ausgestorbene Gurzelngasse und Hauptgasse keine Neuentwicklung ist. Vor ca. 50 Jahren ist eine Broschüre erschienen, in der dieser „tote“ Zustand bereits beschrieben wurde. **Kurt Fluri** hält fest, dass es zu jener Zeit auch noch nicht möglich war, bei einem Restaurant draussen sitzen zu können. Heute wäre dies an der besagten Zone jedoch möglich.

Sergio Wyniger hat festgestellt, dass die Durchfahrt mit dem Velo beim Landhausquai teilweise zum Spiessrutenlauf wird, insbesondere bei schönem Wetter und entsprechend vielen Personen in dieser Region. Die offizielle Veloroute führt aber schlussendlich am Landhausquai vorbei. Er erkundigt sich, ob sich die Stadt schon Gedanken gemacht hat, wie die offizielle Veloroute aufrechterhalten bleiben soll. Für **Peter Fedeli** gibt es keinen Zweifel, dass die offizielle Veloroute auch weiterhin beim Landhausquai vorbeiführen soll. Mit Ausnahme des „Y“ (Hauptgasse bis Schaalgasse, resp. bis Manorbrunnen) als Kompromisslösung ist der Rest der Altstadt für den Veloverkehr ganztags offen. Der Landhausquai stellt zudem eine wichtige Verbindung für die Schüler/innen dar. **Katrin Leuenberger** ist der Meinung, dass das „Aneinandervorbeikommen“ beim Landhausquai durchaus möglich ist. Der Landhausquai ist v.a. abends sehr stark bevölkert und zudem kann auch einmal vom Velo abgestiegen werden.

Das Wort zum Eintreten wird nicht mehr verlangt.

Eintreten ist nicht bestritten. **Somit wird Eintreten stillschweigend beschlossen.**

Stadtpräsident **Kurt Fluri** führt aus, dass ein Abänderungsantrag der CVP-Fraktion besteht, wonach die Ziffer 6. des Antrages ergänzt werden soll. **Barbara Streit-Kofmel** erläutert im Namen der CVP-Fraktion die beantragte Änderung:

„Die Sperrung des Landhausquais ist mit geeigneten baulichen Massnahmen sicher zu stellen. **Die baulichen Massnahmen sind von der GRK zu bewilligen.** Der dazu nötige Kredit ist im Voranschlag 2012 vorzusehen.“

Beat Käch stellt in Frage, ob der Antrag überhaupt notwendig ist, da ja im letzten Satz festgehalten wird, dass der dazu nötige Kredit im Voranschlag 2012 vorzusehen ist. Wäre das Einverständnis nicht da, besteht ja nach wie vor die Möglichkeit zu beantragen, dass der Kredit gestrichen wird. **Barbara Streit-Kofmel** präzisiert, dass die CVP-Fraktion nicht gegen bauliche Massnahmen ist. Es geht vielmehr darum, anlässlich einer GRK-Sitzung über die am besten geeigneten Massnahmen zu diskutieren. Ein Teil der Fraktion ist - wie bereits erwähnt - mit der Pollerlösung nicht unbedingt einverstanden.

Der Ergänzungsantrag der CVP-Fraktion wird demjenigen der Gemeinderatskommission gegenübergestellt. Bei 29 Anwesenden wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen der GRK-Antrag gutgeheissen.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird bei 29 Anwesenden mit 26 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen

beschlossen:

1. Genehmigung der Vorverlegung der Altstadt-Sperrzeiten von 13.30 auf 11.30 Uhr.
2. Genehmigung der Ausdehnung der Altstadtsperrung am Nachmittag auf die westliche Hauptgasse, inkl. Landhausquai, Schaalgasse, Löwengasse, Gerberngasse, Stalden und Theatergasse.
3. Genehmigung der Änderung der Fahrbeziehung Stalden, Gerberngasse und Löwengasse.
4. Die Massnahmen gelten ganzjährig. Nach der ersten Sommersaison sind die Reaktionen auszuwerten und allfällige Korrekturen anzubringen.
5. Genehmigung des Nachtragskredites für die Änderung der Sperrzeiten zugunsten Rechnung 2011, Rubrik 620.313.10, in der Höhe von Fr. 3'000.-- sowie Rubrik 620.314.23 in der Höhe von Fr. 2'500.--.
6. Die Sperrung des Landhausquais ist mit geeigneten baulichen Massnahmen sicher zu stellen. Der dazu nötige Kredit ist im Voranschlag 2012 vorzusehen.

Verteiler

Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn, Niklaus-Konrad-Strasse 18, Postfach, 4501 Solothurn

IG Landhausquai, c/o Cantino del Vino, Francesco Infantino, Landhausquai 15, 4500 Solothurn

Stadtpolizei

Stadtbauamt

Finanzverwaltung (2)

ad acta 111-5, 600-3, 912

3. Mai 2011

8. Verschiedenes

- **Hansjörg Boll** verweist auf das aufliegende Programm des am 8. Mai 2011 stattfindenden slowUp Solothurn-Buechibärg.
- **Dino Arici** hat sämtlichen ordentlichen Gemeinderatsmitgliedern sowie den Ersatzmitgliedern das Buch „Classic-Openair 1991 - 2010“ als Geschenk zukommen lassen. Das Buch wird bestens verdankt.
- **Brigit Wyss** bezieht sich auf die kürzlich in der Zeitung erschienene Berichterstattung über den Quartierverein Weststadt. Die Leiterinnen des Vereins waren massiv enttäuscht von der Berichterstattung. Sie war sehr negativ und despektierlich und hat nichts mit der Realität zu tun. Ihr grosser Einsatz wurde im Bericht nicht honoriert. Brigit Wyss hat diesbezüglich bereits einen Leserbrief verfasst.
- **Stadtpräsident Kurt Fluri** macht auf das Quartierfest der Weststadt aufmerksam, das am 2. Juli 2011 stattfindet. Die Einladung wird zu entsprechender Zeit noch folgen.

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 16

Motion der FDP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Beat Käch sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Verstärkung der Jugendsportförderung!»; (inklusive Begründung)

Die **FDP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Beat Käch sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Motion mit Begründung** eingereicht:

«Verstärkung der Jugendsportförderung!

Die Jugendsportförderung in der Stadt Solothurn soll verstärkt werden, indem entweder die Jugendsportförderungsbeiträge gemäss Reglement über die Jugendsportförderung vom 25. September 2008 erhöht werden oder eine zusätzliche J+S Sportförderung realisiert wird. Das Stadtpräsidium wird gebeten, mit der Vereinigung für Sport in Stadt und Region Solothurn VSS-SO Verhandlungen aufzunehmen.

Begründung:

Die Stadt Solothurn ist zurecht nicht nur Kulturstadt, für die viel Geld ausgegeben wird, sondern auch eine Stadt mit vielen Sportvereinen, in denen wertvolle Jugendarbeit geleistet wird. Viele dieser Sportvereine fördern dadurch eine sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugendlichen und tragen erst noch etwas zu deren Gesunderhaltung bei. Zudem werden hunderte von Leiterstunden, mehrheitlich unentgeltlich, von engagierten Leiterinnen und Leitern erbracht. Viele dieser Vereine sind finanziell jetzt nicht auf Rosen gebettet und haben Benützungsgebühren für Schul- und Sportanlagen zu bezahlen. Die Vereine, die Jugendsportförderung betreiben, sollen nun finanziell etwas entlastet werden. Wir können uns grundsätzlich zwei Entlastungsmöglichkeiten vorstellen, die kein „Giesskannenprinzip“ zur Folge haben:

1. Die jährlichen Beiträge pro Jugendlichen, welche die Anspruchsberechtigung erfüllen, sollen erhöht werden und/oder die einmaligen Beiträge pro Jahr für ausserordentliche Aufwendungen, wie Sportanlässe, Kurse etc. sollen erhöht werden (Gemäss § 2 des Reglements über die Jugendsportförderung kommen da nur Jugendliche bis zum 20. Altersjahr, die Wohnsitz in Solothurn haben, zum Zuge).
2. Wir führen neue J+S Sportförderungsbeiträge ein, wo unabhängig vom Wohnort der Jugendlichen, alle im J+S-Alter von solchen Beiträgen profitieren können.

Selbstverständlich haben die Jugendlichen weiterhin keinen Anspruch auf Ausrichtung von Beiträgen, sondern nur der Verein, der eine Jugendabteilung führt und über ein Förderungskonzept gemäss J+S verfügt.

Welcher Ansatz für die Sportvereine besser ist, oder ob sogar eine Kombination sinnvoll ist, soll zwischen dem Stadtpräsidium und dem VSS-SO ausgehandelt werden.

Beat Käch
Urs Unterlerchner
Yves Derendinger

Marco Lupi
Susanne Asperger Schläfli
Pia Stebler»

Esther Christen-Fröhlicher
Tina Scartazzini

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur gemeinsamen Stellungnahme:
Rechts- und Personaldienst (federführend)
Präsidium Sportkommission

ad acta 012-5, 340-3

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 17

Interpellation der SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Christian Flury sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Durch Umstrukturierung - zum Sportsekretariat?»; (inklusive Begründung)

Die **SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Christian Flury sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Interpellation mit Begründung** eingereicht:

«Durch Umstrukturierung - zum Sportsekretariat?

Gemäss einer nationalen Studie des Bundesamtes für Sport hat die sportliche Betätigung bei Jung und Alt in den letzten Jahren zugenommen, auch in der Stadt Solothurn treiben immer mehr Leute Sport. Die Anzahl sportlicher Anlässe von regionaler und nationaler Bedeutung haben in der Stadt zugenommen: Swiss Walking Event, Bike Days, Aareschwimmen, Triathlon, Schweiz bewegt, Slow up, um nur einige zu nennen. Etliche Vereine stossen daher an ihre Kapazitätsgrenzen und stellen Anliegen und Forderungen an die Stadt. Mit dem Gebührentarif, sowie der Nachwuchs- und Vereinsförderung wurde der administrative und organisatorische Aufwand immer weiter ausgebaut.

Doch noch immer wird der Sport in der Stadt Solothurn im Milizsystem geleitet. Dabei stehen die Erreichbarkeit und Disponibilität des Präsidenten sowie der mögliche Sitzungsrhythmus der Kommission oft im Gegensatz zu den Herausforderungen im Sport sowie den Anliegen von Vereinen und den verschiedenen Nutzergruppen der Bevölkerung. Die momentane Struktur lässt für präventive und gesundheitsfördernde Anliegen und Projekte keinen Raum. Es wird immer schwieriger die Bewegungsbedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen der Einwohner einer Stadt von der Grösse Solothurns im Milizsystem zu verwalten. Grenchen und Olten haben dies bereits erkannt und ein Sportsekretariat geschaffen, resp. einen Sportkoordinator angestellt.

Wir beziehen uns auf die für uns nicht befriedigende Beantwortung der Interpellation vom 31. Mai 2005. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass sich die Situation in den letzten 6 Jahren massiv geändert hat. Dem Sport fällt in der Bevölkerung eine immer grössere Aufgabe und Bedeutung zu und dem ist aus unserer Sicht Rechnung zu tragen.

Daher stellen wir folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. Wie lassen sich die neuen Aufgaben und Aufwendungen im Bereich Sport der letzten 10 Jahre und im Besonderen seit Eingabe der Interpellation vor 6 Jahren genau quantifizieren?
2. a) Was wird im Bereich Sport wo administriert und organisiert und welche Amtsstellen sind eingebunden?
b) Wie viele personelle und finanzielle Ressourcen bindet der Sport innerhalb der Stadtverwaltung?
3. a) Ist aus Sicht der Stadtverwaltung ein Zusammenfassen aller sportlichen Verwaltungsfelder an einem Ort möglich?
b) Ist es aus Sicht der Stadtverwaltung sinnvoll, ein „Sportsekretariat“ zu schaffen (beispielsweise angegliedert an die Schuldirektion)?

Christian Flury
Adrian Würzler
Sylvia Sollberger»

Matthias Anderegg
Philippe JeanRichard

Katrin Leuenberger
Ruža Brzović

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Interpellation)
Stadtpräsident

Zur gemeinsamen Stellungnahme:
Rechts- und Personaldienst (federführend)
Schuldirektion
Präsidium Sportkommission

ad acta 012-5, 340-3

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 18

Interpellation der SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Matthias Anderegg sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Wo steht die Energiestadt Solothurn?»; (inklusive Begründung)

Die **SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Matthias Anderegg sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Interpellation mit Begründung** eingereicht:

«Wo steht die Energiestadt Solothurn?»

Seit Fukushima wurde eine Mehrheit der Bevölkerung für die Energiewende sensibilisiert. Daher ist es angebracht, diverse Fragen zur Energieeffizienz der Stadt Solothurn in den Mittelpunkt zu rücken. Die Stadt Solothurn, als zertifizierte Energiestadt, übernimmt eine grosse Vorbildfunktion für die Region. Als Eigentümerin der Regio Energie steht die Stadt Solothurn besonders im Fokus des öffentlichen Interesses. Das brachliegende Potential in Sachen Energieeffizienz und Umsetzung von konkreten Massnahmen ist enorm.

Das letzte Re-Audit für das Label Energiestadt wurde am 31. März 2008 durchgeführt. In diesem Audit sind diverse geplante Massnahmen aufgeführt und in einem Massnahmenkatalog vom 28. Mai 2008 aufgelistet.

Aus diesen Gründen richten wir folgende Fragen an das Stadtpräsidium und die städtische Verwaltung:

1. Wie ist der Stand der Planung, welche geplanten Massnahmen gemäss Audit 2008 sind realisiert worden und welche nicht (und warum nicht)? Wir bitten um Stellungnahme zu jedem aufgeführten Punkt, der als geplante Massnahme im Massnahmenkatalog vom 28. Mai 2008 aufgeführt ist (Verfasser: Energiestadtberater Robert Horbaty).
2. Wann ist das nächste Re-Audit für das Energiestadtlabel vorgesehen und welcher prozentuale Zielwert der möglichen Massnahmen wird angestrebt (Stand 2008 = 64 %)?
3. Ist das Stadtpräsidium bereit, den „Energiestadt – Gold“ -Status bis im Jahr 2015 zu erlangen (Zielwert > 75 % der Massnahmen)?

Matthias Anderegg
Franziska Roth
Philippe JeanRichard

Adrian Würgler
Ruža Brzović
Anna Rüefli»

Katrin Leuenberger
Sylvia Sollberger

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Interpellation)
Stadtpräsident

Zur Stellungnahme:
Stadtbauamt

ad acta 012-5, 761

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 19

Motion der SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Philippe JeanRichard sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Ökologische Investitionen nicht bestrafen» (inklusive Begründung)

Die **SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Philippe JeanRichard sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Motion mit Begründung** eingereicht:

«Ökologische Investitionen nicht bestrafen

Das Stadtpräsidium wird beauftragt, den zuständigen städtischen Organen Botschaft und Entwurf zu einer Anpassung des Grundeigentümerbeitragsreglements zu unterbreiten.

In dieser Anpassung sind Aufwendungen, im Zusammenhang mit Investitionen in alternative haustechnische Anlagen, die mit erneuerbaren Energieformen betrieben werden und Aufwendungen im Bereich thermischer Sanierungen von Gebäudehüllen von der gebührenrelevanten Berechnungssumme in Abzug zu bringen.

Begründung:

Hauseigentümer/innen, die ihre Liegenschaften mit alternativen haustechnischen Anlagen ausrüsten oder ihre Häuser thermisch aufwerten, werden mit Abgaben und Gebühren bestraft. Der daraus resultierende höhere Gebäudeversicherungswert wird für die Berechnung der Gebühren für Abwasser- und Wasserleitungen verwendet. Die Stadt Solothurn fördert mit der Anpassung der Gebühren für diese Investitionen einen weiteren Anreiz, diese energetisch sinnvollen Investitionen zu tätigen.

Philippe JeanRichard
Adrian Würgler
Sylvia Sollberger

Katrin Leuenberger
Christian Flury
Anna Rüefli

Matthias Anderegg
Franziska Roth
Ruža Brzović»

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur gemeinsamen Stellungnahme:
Rechts- und Personaldienst (federführend)
Finanzverwaltung

ad acta 012-5, 760-4, 790-4

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 20

Motion der SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Matthias Anderegg sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Mehr Solarenergie für Solothurn!»; (inklusive Begründung)

Die **SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Matthias Anderegg sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Motion mit Begründung** eingereicht:

«Mehr Solarenergie für Solothurn!

Das Stadtpräsidium wird beauftragt:

- auf dem Gebiet der Einwohnergemeinde Solothurn, die zur solarthermischen und photovoltaischen Nutzung geeigneten Dach- und Fassadenflächen auf dem Gemeindegebiet, inkl. einer Potentialanalyse, zu eruieren und danach die Liegenschaftseigentümer aktiv über die Resultate zu informieren. Die Information an die Eigentümer beinhaltet Potential der Anlage, Infos zu Kosten, Subventionen und Steuervorteile.
- auf sämtlichen geeigneten Dächern von eigenen Liegenschaften des Verwaltungs- und Finanzvermögens der Einwohnergemeinde Solothurn solarthermische und/oder photovoltaische Anlagen zu installieren, um damit mit gutem Beispiel voranzugehen.
- gemäss Massnahmenkatalog und energiepolitischem Massnahmenprogramm vom 28. Mai 2008 die Regio Energie zu ersuchen, die geplante Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes der Regio Energie an der Rötistrasse 17 in Solothurn umgehend umzusetzen.

Begründung

Im Re-Audit für das Energiestadtlabel vom 31. März 2008 wurde die Photovoltaikanlage auf dem Dach der Regio Energie bereits als geplante Massnahme aufgelistet. In Erwägung, dass sich die energiepolitische Stimmung nach Fukushima drastisch verändert hat und die EGS eine absolute Vorreiterrolle einnehmen soll, ist die sofortige Umsetzung dieser Anlage folgerichtig. Mit dem 150 Jahre-Jubiläum erreicht die Regio Energie eine enorme Aufmerksamkeit, die durch eine Umsetzung dieser Anlage zusätzlich vermarktet werden kann.

Ebenfalls ist die Evaluation der solarthermischen- und photovoltaischen Nutzungen der geeigneten Dach- und Fassadenflächen eine, bereits im Jahre 2008 geplante Massnahme. Sei es bei den städtischen Liegenschaften oder bei privaten Anlagen; das Potential ist enorm. Es ist der richtige Zeitpunkt, die Bevölkerung über dieses Potential zu informieren.

Matthias Anderegg
Franziska Roth
Anna Rüefli

Christian Flury
Sylvia Sollberger
Ruža Brzović

Katrin Leuenberger
Adrian Würgler
Philippe JeanRichard»

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur gemeinsamen Stellungnahme:
Stadtbauamt (federführend)
Rechts- und Personaldienst
Regio Energie Solothurn

ad acta 012-5, 760-3, 860-3

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 21

Motion der SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Philippe JeanRichard sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Unsoziale Grundgebühren abschaffen!» (inklusive Begründung)

Die **SP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Philippe JeanRichard sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Motion mit Begründung** eingereicht:

«Unsoziale Grundgebühren abschaffen!

Das Stadtpräsidium wird beauftragt, den zuständigen städtischen Organen Botschaft und Entwurf zu einer Anpassung der entsprechenden Rechtsgrundlagen zu unterbreiten, die der Regio Energie Solothurn untersagen, nicht verbrauchsabhängige Gebühren (Grundgebühren) in Zusammenhang mit Strombezug oder Stromeinspeisung ihrer Kund/innen zu erheben.

Begründung:

Die Anreize für Privathaushalte Strom zu sparen, sind unzureichend. Mehr noch, wer Strom spart, wird bestraft. Strombezüger/innen mit tiefem Verbrauch bezahlen prozentual mehr. Dies, weil die Regio Energie Solothurn, unabhängig vom Verbrauch, eine Grundgebühr (genannt Abonnementgebühr Strom) verlangt. Durchs Streichen dieser unsozialen Gebühr kann die Stadt Solothurn als Energiestadt und Eigentümerin der Regio Energie Strom sparen belohnen und Familienbudgets leicht entlasten.

Philippe JeanRichard
Christian Flury
Anna Rüefli

Matthias Anderegg
Franziska Roth
Katrin Leuenberger

Adrian Würgler
Sylvia Sollberger
Ruža Brzović»

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur Stellungnahme:
Rechts- und Personaldienst

ad acta 012-5, 861-0

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 22

Motion der CVP-Fraktion in Zusammenarbeit mit der EVP/glp-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichnerin Barbara Streit-Kofmel sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Infrastruktur der Fussballplätze Mittleres Brühl» (inklusive Begründung)

Die **CVP-Fraktion der Stadt Solothurn, Erstunterzeichnerin Barbara Streit-Kofmel sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Motion mit Begründung** eingereicht:

«Infrastruktur der Fussballplätze Mittleres Brühl

Das Stadtbauamt wird beauftragt, einen Plan zu erstellen, wie im Mittleren Brühl ein Kunstrasenplatz und weitere Plätze zu Spiel- und Trainingszwecken, sowie die Sanierung der Garderoben (Eigentum der Stadt Solothurn) realisiert werden kann. Der Plan soll sowohl die aktuell geplanten Sanierungen als auch die zukünftige Entwicklung des Fussballs als Breitensport berücksichtigen. Zu diesem Zweck sind die betroffenen Vereine zu konsultieren und mindestens zwei Varianten mit einer Kostenschätzung und einem Realisierungszeitraum dem Gemeinderat bis 31. Dezember 2011 vorzulegen.

Begründung:

- **Misstände beheben**

Im Breitensport, der im Mittleren Brühl betrieben wird, führt der Mangel an Rasenspielfeldern sowie die hohe Beanspruchung durch Training und Wettkampf zu einer übermässigen Belastung der Rasenspielfelder. Die Folgen sind unbespielbare Plätze, Verletzungsgefahren und Einschränkungen des Training- und Spielbetriebs. Spielverschiebungen, vor allem in den Frühlings- und Herbstmonaten, verunmöglichen einen geregelten Trainings- und Spielbetrieb und verursachen Mehrkosten für den Unterhalt. Unbespielbare Rasenflächen und deren Folgen bieten auch Konfliktpotential zwischen den einzelnen Nutzern/Vereinen. Seit Jahren besteht der Bedarf an zusätzlichen Spielfeldern. Zudem besteht ein Nachholbedarf an Sanierung aus den letzten Jahren. Infolge der ungenügenden Infrastruktur hat die Sportkommission vor Jahren eine Regelung eingeführt, die festhält, dass keine neuen Vereine und keine neuen zusätzlichen Aktivmannschaften auf dem Areal bewilligt werden.

- **Notwendige Anzahl Spielfelder**

Zur Verfügung stehen heute fünf Rasenspielfelder und ein Allwetterplatz, der im Jahr 2010 saniert wurde. Leider wurde es bei dieser Gelegenheit verpasst, einen zeitgemässen Kunstrasenplatz zu erstellen. Auf dem bestehenden Platz ist ein Trainieren der technischen Fertigkeiten nicht möglich. Dies ist jedoch gerade bei Kindern sehr wichtig. Ein Kunstrasenplatz zu Trainingszwecken kommt wesentlich billiger zu stehen, als der qualitativ hochstehende Kunstrasen im Stadion Solothurn und der Unterhalt ist weniger aufwändig als beim Allwetterplatz. Insgesamt benutzen ca. 500 mehrheitlich jugendliche Personen diese Infrastruktur: SC Blustavia Solothurn (16 Mannschaften), FC Post Solothurn (8 Mannschaften), Türkischer SC Solothurn (2 Mannschaften), Iria Solothurn (3 Mannschaften), Atees Solothurn (1 Mannschaft), F.K. Bratstvo Solothurn (2 Mannschaften), HNK Croatia Solothurn (1 Mannschaft), CIS Solettese Solothurn (3 Mannschaften). Die meisten Mannschaften stammen aus der Stadt Solothurn. Zu den Spielen kommen noch die Gastmannschaften aus dem ganzen Kanton hinzu.

- **Bedeutung des Fussballs & Zunahme Frauenfussball**

Neben Radfahren und Schwimmen ist Fussball die wichtigste Sportart bei Kindern wie bei den Jugendlichen. Bei den Knaben und jungen Männern ist er der absolute Spitzenreiter, aber auch immer mehr Mädchen begeistern sich für Fussball. Diese Zahlen haben auch Gültigkeit für Solothurn. Die Stadtjugend spielt im Mittleren Brühl Fussball. Frauenfussball gewinnt an Bedeutung. Im Brühl spielen bereits zwei Teams. Daher werden weitere Kapazitäten unter anderem auch an Garderoben dringend benötigt. Die Situation für Mädchen und Frauen bei den Garderoben präsentiert sich je nach Belegung unterschiedlich, allgemein aber als unhaltbar und ungelöst. Die limitierten Kapazitäten der bestehenden Infrastruktur schaffen Situationen für Übergriffe.

- **Integration**

Fussball ist ein wichtiges Element zur Förderung der aktiven Freizeitgestaltung und Integration. In dieser Sportart sind Aktivmitglieder mit Migrationshintergrund proportional übervertreten. Der Fussball führt einen Grossteil der Kinder und Jugendlichen zusammen und fasziniert auch Erwachsene aller Alterskategorien. Verbindlich-regelmässiges Engagement im Fussballclub wirkt sich positiv auf das soziale Zusammenleben und das Erlernen der hiesigen Sprache. Im Mittleren Brühl wird dies in den Vereinen täglich gelebt. Das Anliegen auf Erneuerung und Instandsetzung der Sportplätze kann auch im Zusammenhang mit dem Quartierentwicklungskonzept Solothurn West von Bedeutung sein.

Anhang zur Motion „Fussballplätze Mittleres Brühl“

Berechnung der Anzahl Fussballplätze gemäss BASPO

Formel:

Anzahl Mannschaften x Trainingsstunden : zulässige Nutzungsdauer in Std. pro Woche

www.vssg.ch/de/upload/file/B0809_JT_Rasen.pdf

Es stehen 4 Trainingsfelder zur Verfügung. Auf dem Hauptfeld werden pro Woche 4 – 5 Spiele ausgetragen (kein Trainingsbetrieb). Auf den 4 Nebefeldern werden ca. 85 Stunden pro Woche trainiert und 2 Spiele ausgetragen.

Für die Trainingseinheiten teilen sich 2 Mannschaften immer ein Feld.

Anzahl Felder = 4; Trainingsstunden pro Woche = 85 => $4 \times 85 = 340$ Stunden

$340 \text{ Stunden} / 2 \text{ Teams pro Feld} = 170 \text{ Trainingsstunden}$

Zulässige Nutzungsdauer = 18 Stunden (Obergrenze)

- Anzahl Naturrasenspielfelder = Anzahl Trainingsstunden pro Woche (170) : 12-18 Stunden Nutzungsdauer pro Woche (18) = 9.4 Plätze
- Anzahl Kunstrasenspielfelder = Anzahl Trainingsstunden pro Woche (170) : ca. 30 Stunden Nutzungsdauer pro Woche (30) = 5,6 Plätze

Der Schweizerische Fussballverband schlägt folgende Formel vor:

1 Rasenspielfeld pro 4 Teams, dies würde für unsere 36 Teams 12 Plätze bedeuten.

Barbara Streit-Kofmel
Pascal Walter
Peter Wyss

Robert Stampfli
Katharina Leimer-Keune
Reto Stampfli

Susan von Sury-Thomas
Pirmin Bischof
Sergio Wyniger»

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur Stellungnahme:
Stadtbauamt

ad acta 012-5, 344

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 23

Motion der Grünen der Stadt Solothurn, Erstunterzeichnerin Brigit Wyss sowie Mitunterzeichnende, vom 3. Mai 2011, betreffend «Errichtung eines Energiefonds» (inklusive Begründung)

Die **Grünen der Stadt Solothurn, Erstunterzeichnerin Brigit Wyss sowie Mitunterzeichnende**, haben am 3. Mai 2011 folgende **Motion mit Begründung** eingereicht:

«Errichtung eines Energiefonds

Die Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn (EGS) errichtet mit den jährlichen finanziellen Abgaben der Regio Energie oder einem Teil davon einen Energiefonds für Investitions- und Betriebsbeiträge zur Förderung der effizienten Energienutzung und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Die Kommission für Planung und Umwelt erstellt zuhanden des Gemeinderates ein Reglement für den Energiefonds; verwaltet wird der Energiefonds vom Stadtbauamt.

Begründung:

Das Potenzial für die Stromproduktion ist auch auf den Dächern der Stadt Solothurn sehr hoch. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Stadt Solothurn auf den über 2000 Dächern, die sich grundsätzlich für Photovoltaik-Anlagen eignen, eine jährliche Strommenge von knapp 45 MWh produziert werden könnten, was rund der Hälfte des Stromverbrauches der Stadt Solothurn entspricht (Potentialabschätzung für Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen in der Gemeinde Solothurn; Maturaarbeit von Dimitri Gerster; Klasse 4aN; betreut durch Dr. Alfons Ritler; 21. Januar 2011). Leider wurden bis jetzt erst sehr wenige Photovoltaik-Anlagen auf dem Stadtgebiet realisiert. Mit Beiträgen aus dem Energiefonds soll die EGS solche Anlagen fördern. Insbesondere sollen auch auf den Dächern der öffentlichen Gebäude Photovoltaik-Anlagen initiiert und gefördert werden.

Gleichzeitig braucht es mehr Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz um die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft, wie es im Masterplan Energie der Stadt Solothurn verankert ist, voranzutreiben. Aus dem Energiefonds können deshalb Beiträge an Stromsparmassnahmen ausgerichtet werden. Beiträge erhalten Private, Firmen und Institutionen, sofern die Anlagen oder Massnahmen auf dem Stadtgebiet erstellt, bzw. ergriffen werden. Möglich sind auch Beiträge für Vorhaben, die für die Stadt Solothurn besonders interessant sind. Beiträge können beispielsweise gesprochen werden für:

- Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen, wie z.B. Photovoltaik-Anlagen.
- Massnahmen, die den Stromverbrauch vermindern.
- Forschungs-, Bildungs- und Entwicklungsarbeiten über die effiziente Energienutzung und -erzeugung (Pilotanlagen).

Brigit Wyss
Alex Oberholzer

Marianne Urben-Geiser
Daniela Gasche»

Marguerite Misteli Schmid

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur gemeinsamen Stellungnahme:
Stadtbauamt (federführend)
Rechts- und Personaldienst
Regio Energie Solothurn

ad acta 012-5, 760-3, 860-3

3. Mai 2011

Geschäfts-Nr. 24

9. Nachvereidigung eines Ersatzmitgliedes des Gemeinderates

Stadtpräsident **Kurt Fluri** hält fest, dass heute eine Nachvereidigung eines Ersatzmitgliedes des Gemeinderates vorzunehmen ist, nämlich von Pia Stebler.

Gemäss Paragraph 116 des Gemeindegesetzes ist es Aufgabe des Vorsitzenden, das Amtsgelöbnis der Gemeinderäte abzunehmen.

Für den Akt der Vereidigung erheben sich alle ordentlichen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Gemeinderates, aber auch die Zuschauerinnen und Zuschauer von ihren Sitzen. Stadtpräsident Kurt Fluri verliest den Gelöbnistext: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet“. **Pia Stebler** spricht dem Vorsitzenden nach: „Ich gelobe“.

Damit ist Pia Stebler als Ersatzmitglied des Gemeinderates vereidigt.

Verteiler

Oberamt Region Solothurn
ad acta 012-0

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Der Stadtpräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin: